

## Isle of Man liefert Daten

Steuerabkommen mit London

**pra. London** · Der britische Schatzkanzler George Osborne hat auf der Jagd nach Steuersubstrat nicht nur die Schweiz im Visier, sondern auch näher liegende Territorien. Wie das Schatzamt mitteilt, ist ein Abkommen über einen Informationsaustausch mit der Regierung der Isle of Man getroffen worden. Das Abkommen sieht die automatische Lieferung «eines weiten Bereichs von Informationen» über alle auf der Insel gehaltenen Bankkonten britischer Steuerzahler nach London vor. Für eine Übergangsfrist bis September 2016 haben britische Steuerzahler Gelegenheit, ihre Vermögen auf der Insel gegen eine geringe Strafsteuer zu legalisieren. Der Vertrag lehnt sich laut der Mitteilung eng an das Abkommen Fatca an, das die Insel derzeit mit den USA verhandelt. Osborne begrüßte den Fortschritt im Kampf gegen Steuerhinterziehung und verwies auf «ähnliche» Abkommen mit der Schweiz und den USA.

Die zwischen Grossbritannien und Irland liegende Isle of Man ist ein der britischen Krone unterstelltes autonomes Territorium. Es gilt dank überaus tiefen Steuern als beliebte Steueroase. Wie das Schatzamt erklärte, finden ähnliche Verhandlungen auch mit den autonomen Kanalinseln Guernsey und Jersey statt. Jene leisten aber offenbar noch mehr Widerstand. Sie dürften wegen ihrer Bedeutung als benachbarte Offshore-Zentren für ein Heer von Finanzberatern, Anwälten, Buchhaltern und Bankern in der Londoner City über grösseren politischen Schutz verfügen.

## Bank of England auf Expansionskurs

Gouverneur King für mehr «QE»

**pra. London** · Die Bank of England könnte bald schon wieder eine neue Runde der monetären Lockerung einleiten. Im geldpolitischen Ausschuss der Bank haben sich die Stimmen vermehrt, welche sich für eine Wiederaufnahme von «Quantitative Easing» (QE) aussprechen. Wie dem am Mittwoch veröffentlichten Protokoll zu entnehmen ist, haben sich an der letzten Sitzung vom 7. Februar drei Mitglieder für den Kauf weiterer Staatsanleihen für 25 Mrd. £ ausgesprochen. Das Volumen der seit Frühjahr 2009 getätigten Anleihenkäufe wäre damit auf 400 Mrd. £ gestiegen. Die Geldpolitiker wurden zwar von den übrigen sechs Mitgliedern überstimmt, doch deren Mehrheit ist um zwei Personen geschrumpft.

Für Aufsehen sorgte vor allem, dass zu den Befürwortern weiterer Anleihenkäufe neuerdings der Gouverneur der Bank, Mervyn King, gehört. King hatte sich im vergangenen Sommer auf einmal sehr skeptisch zu den Möglichkeiten ausgesprochen, die stagnierende Wirtschaft durch eine weitere Ausdehnung des QE anzukurbeln. Stattdessen ermahnte er die politische Führung des Landes, herzhaftere Strukturereformen, besonders im Finanzsektor, vorzunehmen. Doch kurz nach Antritt seines Nachfolgers, Mark Carney, scheint King die Meinung erneut geändert zu haben, um den Weg für eine weitere Lockerung zu ebnen. Dasselbe hatte er bereits vor einer Woche bei der Präsentation des Inflationsberichts getan, als er erstmals davon sprach, die Geldpolitik so lange locker zu halten, bis die Wirtschaft deutlich anziehe. Das praktizierte die Bank of England zwar bereits seit 2009, doch sie hatte bisher noch stets das formale Versprechen aufrechterhalten, sie peile Geldwertstabilität innerhalb eines – laufend in die Zukunft verschobenen – Zeitrahmens von zwei Jahren an.

An den Finanzmärkten wurde das Protokoll als weiterer Beleg für die Erwartung gewertet, dass von der Bank of England in den nächsten Monaten eine noch lockerere Geldpolitik zu erwarten sei. Das britische Pfund, das sich bereits seit Jahresbeginn auf Talfahrt befindet, verlor sogleich gut einen Cent gegenüber dem Euro und dem Dollar.



Präsident Barack Obama setzt grosse Hoffnungen in die vorschulische Kinderbetreuung.

JASON REED / REUTERS

## Die Vorschule soll es richten

Präsident Obama liebäugelt mit einer frühkindlichen Betreuung für alle

Jedes Kleinkind solle in den USA eine Vorschule besuchen können, fordert Präsident Obama. Allerdings fällt die Evaluation des grössten Programms der Regierung, «Head Start», ernüchternd aus: Es hat benachteiligten Kindern nicht geholfen.

Christoph Eisenring, Washington

Shirley ist als Kind aus der Dominikanischen Republik in die USA gekommen. Sie ist alleinerziehend und konnte ihre beiden Kinder dank dem bundesstaatlichen Programm «Head Start» in eine Vorschule in Rockville, einem Vorort Washingtons, schicken. Ihre Tochter hat kürzlich einen Knaben zur Welt gebracht. Sie ist jedoch erst 16. Statistisch gesehen ist die Gefahr gross, dass ein solches Kind in instabilen Verhältnissen aufwächst und später im Leben kriminell wird oder gesundheitliche Probleme hat. Laut einer Untersuchung hören Kinder in amerikanischen Familien, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen, 616 Wörter pro Stunde. Wächst das Kind dagegen in einer Familie auf, in der beide Eltern eine Ausbildung haben, sind es 2153 Wörter. Es gelte sicherzustellen, dass kein Kind bereits mit einem Rückstand ins Leben starte, sagte Präsident Obama in seiner Rede zur Lage der Nation. Er fordert deshalb für alle 4-Jährigen eine qualitativ hochstehende Vorschulbetreuung. Jeder Dollar, den man in solche Programme stecke, bringe einen Ertrag von 7 \$, erklärte er. Aber stimmt dieses rosige Bild?

### Frage der Übertragbarkeit

Obama bezieht sich besonders auf einen Versuch aus den sechziger Jahren, der ermutigende Resultate zeigte. Im Perry-Vorschulprojekt, das ab 1962 in der Kleinstadt Ypsilanti in Michigan durchgeführt wurde, wurden 58 arme Kleinkinder aus schwarzen Familien, die per Los bestimmt wurden, jeden Tag 2½ Stunden intensiv betreut. Dabei ging es keineswegs nur um die Förderung kognitiver Fähigkeiten, sondern vor allem um das Erlernen sozialer Kompetenzen. Auf einen Betreuer kamen 5 Kinder. Die Forschung verfolgte diese Kinder und eine Kontrollgruppe bis zu ihrem 40. Lebensjahr. Und die Resultate sind bemerkenswert: Die betreuten Kinder verdienten im Erwachsenenalter mehr, ihre Familien sind stabiler, und sie wurden weniger oft kriminell – 28% der Kinder waren später vorübergehend im Gefängnis gegenüber 52% in der Kontrollgruppe. Der Wirtschaftsnoelpreis-

träger James Heckman hat berechnet, dass sich das Geld, das man in das Perry-Projekt steckte, mit 6% bis 10% verzinst. Es habe somit eine höhere Rendite abgeworfen als der Aktienmarkt seit dem Zweiten Weltkrieg, sagt er.

Die grosse Frage ist allerdings, ob es dem Staat gelingen kann, solche Erfolge im grossen Massstab zu wiederholen. Washington finanziert heute bereits «Head Start», ein Programm, das 8 Mrd. \$ pro Jahr kostet und von dem 1 Mio. 3- und 4-Jährige aus armen Verhältnissen profitieren. Es wurde kürzlich umfassend evaluiert. Im Losverfahren wurden 5000 Kinder entweder ins Programm aufgenommen oder einer Kontrollgruppe zugeteilt. Vergleicht man beide Gruppen im dritten Primarschuljahr, lassen sich statistisch keine Unterschiede feststellen: Die «Head Start»-Kinder schnitten weder in den Lese-, Mathematik oder Schreibtests besser ab als die Kontrollgruppe, noch war ihre Gesundheit besser oder ihre soziale Kompetenz höher. «Head Start» helfe nicht, arme Kinder auf die Schule vorzubereiten, und verringere damit auch die Kluft zu bessergestellten Kindern nicht, lautet das ernüchternde Fazit von Grover Whitehurst, Bildungsspezialist bei der Brookings Institution.

### Durchgezogene Qualität

Schneiden vielleicht Programme einzelner Gliedstaaten besser ab? Auch hier sind die Resultate durchgezogen, sofern die Angebote überhaupt evaluiert werden. In Texas gibt es ein Programm, das ebenfalls auf Niedrigverdiener ausgerichtet ist. Hier wurde gemessen, wie Drittklässler vor und nach Einführung des Programms bei Standardtests abschnitten. Immerhin verbesserten sich die Leistungen von Kindern aus armen und nicht englischsprachigen Familien. Allerdings war das Resultat nicht überlegend. Nimmt man den Leistungsabstand zwischen weissen und schwarzen Kindern zum Massstab, war der Effekt des Programms gleichbedeutend mit einer Reduktion dieser Kluft um 10%. Chicago-Ökonom Heckman vermutet, dass die Qualität von «Head Start» und der gliedstaatlichen Programme im Vergleich zum Perry-Projekt schlechter ist und deshalb die Ergebnisse enttäuschend ausfallen. Beim Perry-Projekt war ein hochmotiviertes Team mit qualifizierten Ausbildnern am Werk. Zudem statteten die Betreuer den Familien jede Woche einen Besuch ab, um auch die Eltern zu coachen, während es bei «Head Start» zwei Besuche pro Jahr sind. Die Kosten pro Kind betragen im Perry-Projekt auf heute hochgerechnet 18 000 \$. Dagegen liegen sie

bei «Head Start» bei 8000 \$, und die Gliedstaaten geben im Schnitt 4000 \$ aus, mit allerdings grosser Streuung.

Obama will künftig Gliedstaaten finanziell helfen. Gefördert würden zunächst Plätze für Familien, deren Einkommen unter 200% der Armutsgrenze liegt. Dies sind für eine vierköpfige Familie 45 000 \$, womit man zum unteren Mittelstand zählt. Das Ziel des Weissen Hauses ist es aber, dass es letztlich für alle 4-Jährigen Plätze gibt. Derzeit besuchen rund die Hälfte der Kinder Vorschulen oder Vorkindergärten.

### Gliedstaaten als Labor

Ob Obama im Kongress das nötige Quorum für sein Ansinnen findet, ist sehr fraglich. So stellen die Republikaner grundsätzlich infrage, ob sich Washington hier engagieren soll, handelt es sich bei Schulangelegenheiten doch primär um eine Aufgabe der Gliedstaaten und Gemeinden. Auffallend ist, dass konservative Gliedstaaten wie Georgia oder Oklahoma grossflächig auf Vorschulen setzen oder Alabama diese ausbauen will. Der Föderalismus als Labor für Ideen scheint jedenfalls zu spielen. Die Bundesregierung sollte angesichts der schwachen Resultate als Erstes ihr eigenes Programm, «Head Start», das seit 1965 existiert, überdenken – und nicht noch weiter ausbauen, wie dies Obama vorschwebt. Wenn Washington Initiativen der Gliedstaaten unterstützen will, müssten Transfers an Bedingungen geknüpft werden. Das Weisse Haus schlägt etwa vor, dass Betreuer «gut ausgebildet» sein, die Klassen klein gehalten und die Programme evaluiert werden müssen. Dies geht in die richtige Richtung. Die Empirie legt nahe, dass Vorschulangebote bei besonders benachteiligten Kindern dann eine messbare Wirkung haben, wenn sie die Betreuung der Eltern einschliessen und auf das Erlernen sozialer Kompetenzen fokussieren. Dies kostet Geld, weshalb etwa Heckman vorschlägt, hierfür Mittel aus ineffizienten Sozialprogrammen wie den staatlichen Ausbildungsprogrammen für Arbeitslose zu verwenden.

Ebenso klar ist, dass der Staat als Reparaturbetrieb für schwierige Familienverhältnisse nur bedingt taugt. Die knappsten Ressourcen sind elterliche Liebe und gute Erziehungsfähigkeiten. Shirley, die Coiffeuse aus Rockville, unternimmt jedenfalls alles, damit ihre Tochter zumindest die High School abschliesst. Wenn ihre Tochter in der Schule ist, passt sie auf das Baby auf. Mit einem High-School-Abschluss hätte die junge Familie schon bessere Chancen, später der Armut zu entgehen.



## AUCH DAS IST WIRTSCHAFT Freiheitsentzug durch das Radio

**Beat Gygi** · «Wenn Sie gerade im Auto unterwegs sind, dann geben Sie acht, und kommen Sie gut an!» Die Stimme des Radiomoderators ist angenehm, sein Ratschlag tönt freundlich und gerade in Verbindung mit den vorher vorgelesenen Verkehrsmeldungen vernünftig. Auf den ersten Blick wirkt der Satz wie eine spezielle Aufmerksamkeit gegenüber den Hörern, wie eine Dienstleistung, die der Radiosender über den Äther an die zahlenden Kunden hinaus-schickt. Dennoch hat man als Radiohörer bei diesem Spruch nicht den Eindruck, man erhalte damit wirklich etwas von der Gegenseite – im Gegenteil, es kommt das Gefühl auf, es werde einem eher etwas genommen.

Aber warum denn? Dass der Wert einer solchen Formel aus dem Radio-Alltag für Zuhörer sehr gering oder null sein kann, ist noch leicht einsehbar und hinnehmbar. Nicht jeder Satz am Radio muss unbedingt neue Informationen bringen, auch Freundlichkeiten können wertvoll sein. Und meist sind ja auch die Produktionskosten für das Formulieren solcher Floskeln am Mikrofon gratis – die drei Sekunden Sendezeit für den Verkehrs-ratschlag soll man nicht überbewerten.

Dennoch bleibt das Gefühl, der Radiomoderator eigne sich damit etwas an, und zwar auf Kosten des Publikums. Die Stimme aus dem Studio spricht sozusagen zwei Befehle oder zumindest zwei Aufforderungen aus – dies in einer Einwegkommunikation in die Ohren Hunderttausender von Menschen und geschützt vor direktem Widerspruch. Medienleuten mit Sendungsbewusstsein muss dies einiges wert sein. Und die Wertzunahme kann leicht auf Kosten von Hörern gehen, die Eigenverantwortung und Freiheitsgefühl als kostbar ansehen. Ist man am Autofahren, gibt man ja aus Eigeninteresse schon acht; eine spezielle Aufforderung dazu wirkt wie der leise Vorwurf, es mangle an Eigenverantwortung. Und «gut ankommen» will man natürlich, aber nicht im Gefühl, eine Art Radio-Steuerung führe die Autofahrer kollektiv zum Ziel.

## Kinderreiche Familien müssen oft darben

Zahlen zur Armutsgefährdung

**Mue.** · Die Armutsgefährdung in der Schweiz hängt stark von der familiären Situation und dem Bildungsniveau ab. Nach den aktualisierten «Daten zu den Familien in der Schweiz» des Bundesamts für Statistik (BFS) sind vor allem allein lebende Personen, die 65 Jahre und älter sind, sowie Menschen in Familien mit nur einem Elternteil am stärksten von Armut bedroht. Zudem seien Familien mit drei oder mehr Kindern dreimal häufiger armutsgefährdet als solche mit nur einem Kind. Im europäischen Vergleich steige die Armutsgefährdung der Familien in der Schweiz mit wachsender Kinderzahl relativ stark, schreibt das BFS.

Ein Grund für diesen Befund dürfte darin liegen, dass mit wachsender Kinderzahl und zunehmenden Ausgaben oft nur ein Elternteil, in der Regel der Mann, übrig bleibt, der das Einkommen trägt. Die Frau hat sich etwa aufgrund mangelnder Betreuungseinrichtungen ausschliesslich um die Kinder zu kümmern. Sind die Eltern keine Akademiker, verschärft sich die Situation zusätzlich. Personen mit einer tertiären Ausbildung sind viermal weniger armutsgefährdet als jene, welche ihre Ausbildung mit der obligatorischen Schule abgeschlossen haben. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt nach EU-Definition bei 60% des verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens.